



Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Liebe Leserinnen und Leser,

die gemeinsame Bewältigung der Corona-Krise erfordert politische Entscheidungen und staatliche Verantwortung. Es ist deshalb ein wichtiges Signal, dass der Bundestag auch in der aktuellen Situation zusammengekommen ist. Der Bundestag ist eines der obersten Verfassungsorgane Deutschlands. Er muss gerade in Krisenzeiten handlungs- und entscheidungsfähig sein. Wir haben wichtige Beschlüsse gefasst, um unser Land und unsere Wirtschaft bestmöglich durch die Corona-Krise zu führen.

Dabei verbinden wir politische Handlungsfähigkeit mit maximalem Gesundheitsschutz im Bundestag. Persönliche Kontakte im Bundestag wurden auf ein absolutes Mindestmaß reduziert und die Vorgaben zum Infektionsschutz umgesetzt. Alle Sitzungen wurden soweit möglich per Video oder Telefon abgehalten oder fanden in kleinstmöglicher Besetzung statt. Die Zahl der Mitarbeiter wurde auf ein Minimum beschränkt.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund,

Dr. Anja Weisgerber MdB



CSU setzt sich durch
Neues Hilfspaket gegen
Corona-Krise

[> S. 2](#)



Finanzierung steht
Corona-Patienten in
Klinik am Steigerwald

[> S. 7](#)



Tag des Baumes
Wälder müssen
vielfältiger werden

[> S. 11](#)

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Koalitionsausschuss: CSU setzt sich durch

Neues Hilfspaket gegen Corona-Krise

Die Große Koalition aus Union und SPD hat neue milliardenschwere Hilfen für Arbeitnehmer, Gastronomiebetriebe, Unternehmen und Schulen beschlossen, um die massiven wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzumildern.

Demnach soll das **Kurzarbeitergeld erhöht** werden. Wer länger in Kurzarbeit gehen muss und maximal 50 Prozent arbeiten kann, bekommt künftig 70 Prozent Kurzarbeitergeld vom Staat (mit Kind 77 Prozent), ab dem 7. Monat sind es sogar 80 Prozent (mit Kind 87 Prozent). Damit ist sichergestellt, dass betroffene Arbeitnehmer bei einer längeren Dauer einen höheren Satz erhalten. Dazu besteht ab dem 1. Mai bis Ende des Jahres für **alle Berufe eine Hinzuverdienstmöglichkeit ohne Abzüge**, begrenzt auf das bisherige volle Monatseinkommen. Ein weiterer Beschluss: Das **Arbeitslosengeld kann um drei Monate verlängert** werden, da es Arbeitssuchende derzeit besonders schwer haben.

Ein großer Erfolg der CSU in den Verhandlungen: **Gastronomiebetriebe profitieren vom einheitlichen niedrigen Mehrwertsteuersatz für Speisen**. Denn vor allem Gastro-Betriebe leiden aktuell unter erheblichen Einbußen, seit Cafés, Restaurants und Bars geschlossen bleiben müssen. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, stellte die besondere Rolle der Gastronomie heraus: „Wir wollen die Voraussetzungen schaffen für positive Startbedingungen in der Gastronomie. Eine reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie würde dazu einen Beitrag leisten.“



„Wir wollen die Voraussetzungen schaffen für positive Startbedingungen in der Gastronomie. Eine reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie würde dazu einen Beitrag leisten.“

Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Dr. Markus Söder zeigte sich zufrieden mit den von ihm durchgesetzten Steuererleichterungen für die gebeutelte Gastronomie: „Wir senken

die Mehrwertsteuer für Speisen von 19 auf 7 Prozent, vorläufig ab dem 1. Juli 2020 für ein Jahr. Das ist eine Entlastung von rund vier Milliarden Euro.“ Zugleich machte Markus Söder klar, dass die CSU diese Steuersenkung nur als ersten Schritt sieht und auch künftig beibehalten will.

Der Koalitionsausschuss hat zudem ein Unterstützungspaket in Höhe von **500 Millionen Euro für den digitalen Unterricht zu Hause** beschlossen. Bedürftige Schüler erhalten einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung entsprechender Geräte. Die Ausstattung der Schulen wird gefördert, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich ist.



Regierungserklärung im Bundestag zur Corona-Krise

Merkel warnt vor Rückschlag

In ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag bereitete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Deutschen auf eine lange Dauer der Corona-Pandemie vor und betonte die Solidarität mit den EU-Partnern. **Die Bundeskanzlerin warnte dabei eindringlich vor einer vorschnellen Lockerung der pandemiebedingten Kontaktsperre. „Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen“, sagte die Kanzlerin. „Lassen Sie uns das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren!“**

Angesichts der vielfältigen Einschränkungen existenzieller Bedürfnisse der Menschen sagte die Bundeskanzlerin: „Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung.“ Die Maßnahmen seien nur akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe transparent und nachvollziehbar seien. **In erster Linie komme es darauf an, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern.** Bisher halte es noch der Bewährungsprobe stand, doch der Zwischenerfolg bei der Verlangsamung der Infektionsgeschwindigkeit sei „zerbrechlich“.

„Wir bewegen uns auf dünnstem Eis“, sagte Merkel. Deutschland sei noch lange nicht über den Berg. Deshalb dürfe man sich „nicht zu schnell in falscher Sicherheit wiegen“. Von den Menschen forderte sie weiterhin Ausdauer und Disziplin bei der Einhaltung der Kontaktbeschränkungen, von den Bundesländern Zurückhaltung bei Lockerungen. Sie sehe es als ihre Pflicht an zu mahnen, betonte Merkel, denn: **„Es wäre jammerschade, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft.“**



Der Bundestag hat bereits zahlreiche Rettungsschirme für die Wirtschaft, das Gesundheitssystem und die Familien aufgespannt und plant weitere Hilfsmaßnahmen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, erinnerte daran, dass sie irgendwann bezahlt werden müssen. Daher dürfe man „nicht Maß und Mitte verlieren“. **CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte ein „Innovationspaket“ für Europa.** „Wir wollen nicht nur glimpflich aus der Krise herauskommen, sondern runderneuert“, sagte er mit Blick auf die Digitalisierung und andere innovative Branchen.



Corona-Krise war auch ein Thema im Bayerischen Landtag

Bayern bringt weitere Hilfen auf den Weg

„Corona hält die Welt weiter in Atem.“ Mit diesen Worten eröffnete Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine bereits zweite Regierungserklärung zum Thema Corona innerhalb von vier Wochen. Er machte deutlich: „Bayern und Deutschland sind bisher besser durch die Krise gekommen als andere Länder, aber der Stress- und Charaktertest ist noch nicht vorbei!“ Neben medizinischen Auflagen wie einer Maskenpflicht im ÖPNV und in Geschäften kündigte Söder zudem finanzielle Unterstützung u.a. für Eltern oder auch Künstler in Bayern an.

Die staatlich angeordnete Schließung von Kitas soll finanziell nicht zu Lasten der Eltern gehen. **Der Freistaat entlastet deshalb die Eltern bei den Kinderbetreuungsgebühren. Hierfür stellt**



Bayern rund 170 Mio. Euro bereit. Jugendherbergen, Schullandheime, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten erhalten eine Entschädigung von 60 Prozent der entfallenden Einnahmen bis Ende Juli 2020. Auch für kleinere Träger sozialer Einrichtungen wie Ehe- und Familienberatungsstellen, Jugendwerkstätten, Mütterzentren oder Frauenhäuser sieht der Freistaat Notmaßnahmen vor.

Der organisierte Sport hat eine große gesundheitliche und gesellschaftliche Bedeutung in Bayern. Um die Folgen der Corona-Pandemie abfedern zu können, sollen die Sport- und Schützenvereine bestmöglich unterstützt werden. **Dafür wird die Vereinspauschale in diesem Jahr auf**

40 Mio. Euro verdoppelt. Damit ermöglicht die Staatsregierung dem organisierten Sport schnelle und unbürokratische Hilfe in dieser schwierigen Zeit.

Auch bei solselbständigen Künstlern sowie Kunst- und Kultureinrichtungen kommt es infolge der Corona-Krise zu spezifischen Härten, da Kultur und Kreativwirtschaft – anders als viele andere Bereiche – noch längere Zeit von Schließungen betroffen sind. **Deshalb erhalten solselbstständige Künstlerinnen und Künstler eine Unterstützung von 1.000 Euro im Monat.** Bayern schließe sich hier dem Konzept von Baden-Württemberg an. „Bayern ist ein Kulturstaat und wir wollen unsere Künstler nicht allein lassen“, so Söder. Die Kommunen würden ebenfalls weiter vom Freistaat unterstützt.

Söder dankte in diesem Zusammenhang allen, die dazu beigetragen haben „Bayern vor dem Schlimmsten zu bewahren“ und appellierte gleichzeitig an die Bevölkerung, **jetzt nicht nachzulassen.** „Corona bleibt! Es ist kein Gewitter, das schnell vorüberzieht.“ Solange es keinen Impfstoff oder Medikament gebe, seien Vorsicht, Distanz und Geduld geboten.



Die Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen

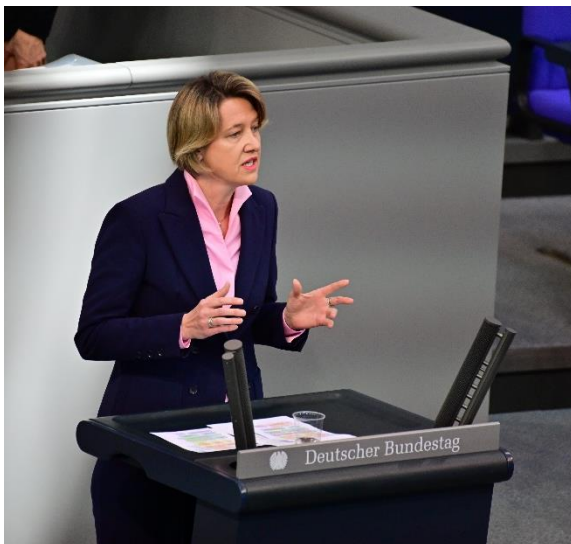
Verzicht auf Erhöhung der MdB-Diäten

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags verzichten angesichts der Corona-Pandemie auf die automatische Erhöhung ihrer Vergütung. Vergangene Woche wurde das Gesetz ohne Debatte ins Plenum eingebracht, Anfang Mai soll es verabschiedet werden. Die „Nullrunde“ gilt damit als sicher, zumal sich alle Fraktionen dieser Initiative anschließen.

Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, betont, dass sich die gegenwärtigen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen lassen: „In der größten Krise, die Deutschland in den vergangenen Jahren erlebt hat, halten wir eine Erhöhung der Abgeordnetenvergütung für problematisch.“ Ähnlich äußert sich auch Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus: „Mehr Geld für Politiker, also höhere Diäten am 1. Juli – das wäre kein gutes Zeichen. Wir Politiker können nicht weitermachen wie bisher, während viele Menschen in Kurzarbeit gehen oder ihren Job verlieren.“



Entlastung bei den Heizkosten im Wohngeld



Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen weiteren Baustein aus dem Klimaschutzprogramm umgesetzt. „Wir haben ein Gesetz final beraten und verabschiedet, mit dem wir Wohngeldbezieher gezielt finanziell entlasten. Mit diesem Gesetz werden wir die Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen spürbar abmildern“, betonte die Klimabeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Anja Weisgerber. „Wir schaffen damit auch genau den von uns stets geforderten Ausgleich zwischen Klimaschutz auf der einen und dem Sozialen auf der anderen Seite“, so Weisgerber in ihrer Rede.

→ Die komplette Rede können Sie hier anschauen: <https://youtu.be/IF9BU4RoZQk>



Bund unterstützt Familien in Zeiten des Coronavirus

Mehr Flexibilität beim Elterngeld

Um junge Familien auch während der Corona-Pandemie unterstützen zu können, werden die **Regelungen für das Elterngeld zeitlich befristet angepasst**. Das ist wichtig, damit Eltern, die aufgrund der aktuellen Corona-Maßnahmen Einkommenseinbußen erleiden, keine Nachteile haben. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat der Bundestag auf den Weg gebracht.

Wer hat Anspruch auf Elterngeld?

Elterngeld steht allen Eltern nach der Geburt ihres Kindes zu. Es soll das Einkommen des Elternteils, der sich um die Betreuung des neugeborenen Kindes kümmert, ersetzen und so die Familie finanziell unterstützen. Elterngeld gibt es auch für Eltern, die vor der Geburt gar kein Einkommen hatten.



Was ist das Ziel der zeitlich befristeten Neuregelungen?

Ziel ist es, die Situation von Eltern aufzufangen, die die Voraussetzungen für den Elterngeldbezug anlässlich der Corona-Pandemie nicht mehr einhalten können. Die Elterngeldregelungen sollen für betroffene Familien zeitlich befristet angepasst werden, um sie in der aktuellen Lebenslage weiterhin effektiv mit dem Elterngeld unterstützen zu können.

Was wird sich konkret ändern?

Eltern, die in sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten, können ihre Elterngeldmonate aufschieben. Das heißt: Ist es ihnen nicht möglich, ihre Elterngeldmonate zwischen dem 1. März und 31. Dezember 2020 zu nehmen, können sie diese nehmen, wenn die Situation gemeistert ist, spätestens zum Juni 2021. Der Partnerschaftsbonus bleibt bestehen, auch wenn ein Elternteil infolge der aktuellen Situation mehr oder weniger arbeitet als geplant. Der Bonus ist eine zusätzliche Leistung, die an Mütter und Väter ausgezahlt wird, die beide in Teilzeit arbeiten und sich gemeinsam um die Kindererziehung kümmern. Familien und werdende Eltern, die infolge der Corona-Maßnahmen Einkommensverluste verzeichnen, sollen keinen Nachteil haben. Das bedeutet: Die Zeiten mit verringertem Einkommen reduzieren das Elterngeld nicht und haben bei einem weiteren Kind auch keinen negativen Einfluss auf die Höhe des Elterngeldes.

Wo kann man Elterngeld beantragen?

Elterngeld beantragt man nach der Geburt des Kindes beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. Der Antrag kann auch online unter <https://www.elterngeld.bayern.de/> gestellt werden.



Finanzierung für Krankenhäuser steht

Corona-Patienten in Klinik am Steigerwald

In den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der stationären Versorgung haben Corona-Patienten nach wie vor höchste Priorität. **Seit Mitte März wurden in allen Kliniken in Bayern, auch in den Reha-Kliniken sowie den privaten Kliniken – wie zum Beispiel der in Klinik am Steigerwald – die nicht notwendigen Behandlungen zurückgestellt, um Kapazitäten für Covid-19-Patienten zu schaffen.**

„In der jetzigen Situation zeigt sich, wie wichtig es ist, dass wir ein funktionierendes Gesundheitssystem haben, auf das wir uns wirklich verlassen können. Gerade deshalb ist es wichtig,



dass alle unsere Kliniken gut durch die Krise kommen, um auch danach ihren Patienten helfen zu können“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber.

Bereits Ende März hat der Bundestag das Covid19-Krankenhausentlastungsgesetz beschlossen, um Einnahmeausfälle zu kompensieren. Bis Ende September bekommen die Plan-Krankenhäuser mit Kassenzulassung für jedes freigehaltene Bett eine Pauschale von 560 Euro pro Bett und Tag. Auch

Vorsorge- und Reha-Einrichtungen erhalten eine Ausgleichspauschale von 60 Prozent des mit den Krankenkassen vereinbarten durchschnittlichen Vergütungssatzes.

Ergänzend dazu hat die Bayerische Staatsregierung vergangene Woche weitere Hilfen auf den Weg gebracht, um die finanzielle Situation der Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen in Bayern zu verbessern. „Dies war auch sehr wichtig für den Gesundheitsstandort Unterfranken. Für diese Lösung haben sich Staatssekretär Gerhard Eck und ich sehr eingesetzt“, betont Weisgerber.

Die Träger von Covid-19-Patienten behandelnden Krankenhäusern erhalten in Anerkennung der besonderen Leistungen je Covid-19-Patient und Tag eine Sonderzahlung von 70 Euro.



Vorsorge- und Reha-Einrichtungen mit Verträgen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung erhalten eine Vorhaltepauschale in Höhe von 50 Euro pro Tag im Zeitraum vom 16.03.2020 bis 31.07.2020 als Ergänzung zur Ausgleichszahlungen des Bundes.

Reine Privatkliniken erhalten Ausgleichszahlungen in Höhe von 280 Euro pro Tag und Bett für den Zeitraum vom 16.03.2020 bis 31.07.2020. Sollten Privatkliniken vor dem Ende dieser Frist aus der Pflicht zur Bereithaltung und zum Aufschub planbarer Eingriffe entlassen werden, läuft der Anspruch drei Wochen nach Wirksamwerden dieser Entscheidung, spätestens aber zum 31.07.2020 aus.

Der Regierungsbezirk Unterfranken ist ein wichtiger Gesundheitsstandort. Neben der guten Versorgung mit Akut-Krankenhäusern gibt es vor allem in den Kurstädten zahlreiche Reha- und Vorsorgeeinrichtungen. Ergänzt wird das Angebot durch Privatkliniken, wie zum Beispiel der Klinik am Steigerwald in Gerolzhofen.

„Mit dem neuen Hilfsprogramm ist es möglich, die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie auch für die Reha-Einrichtungen und Privatkliniken abzumildern, damit diese auch in Zukunft den Menschen am Gesundheitsstandort Unterfranken helfen können“, betont Anja Weisgerber.

Die Klinik am Steigerwald war in der aktuellen Corona-Pandemie sofort bereit zu helfen und hat als sogenannte Abstrom-Klinik Covid-19-Patienten aufgenommen.

„Die Arbeit der Klinik ist mir durch Veranstaltungen und Gespräche sehr gut bekannt und ich weiß um deren Leistungsfähigkeit. Deshalb war es mir, zusammen mit Gerhard Eck, ein besonderes Anliegen, uns für die Klinik am Steigerwald einzusetzen“, so die Abgeordnete weiter. Die Klinik am Steigerwald ist eine der renommiertesten Kliniken für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) in Deutschland. Das Konzept des Zusammenwirkens aus konventioneller Medizin mit den Vorteilen der TCM-Medizin, das die Klinik vor allem bei chronisch Kranken anwendet, für welche die Schulmedizin keine Antworten mehr hat, überzeugt Weisgerber sehr.

Staatssekretär Gerhard Eck ergänzte: „Ich kenne die Klinik am Steigerwald seit Gründung im Jahr 1996 und ich weiß, welche Arbeit dort seit über 20 Jahren geleistet wird. Deshalb war es mir auch so wichtig, hier eine Lösung zu finden. **Mir ist bewusst, dass dadurch nicht der gesamte Verlust aufgefangen werden kann, aber zumindest eine Abmilderung des Schadens und damit das wirtschaftliche Überleben der Klinik sichergestellt werden kann.**“





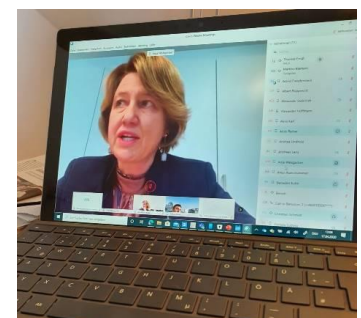
Sitzungen und Sprechstunden per Video und Telefon

Alltag in Zeiten von Corona

Unser Land muss auch in Zeiten der Corona-Pandemie politisch handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig steht der maximale Gesundheitsschutz derzeit an oberster Stelle. Deshalb werden auch in der Politik persönliche Kontakte auf ein absolutes Mindestmaß reduziert.

Alle Sitzungen der CSU im Bundestag, der CDU/CSU-Fraktion und weiterer Gremien wurden soweit möglich als Videokonferenz durchgeführt. Der CSU-Parteivorstand tagte in dieser Woche erstmals per Videokonferenz. Unabhängig davon soll die Parteiarbeit der CSU weiter digitalisiert werden, mit neuen Formaten und Diskussionsforen – vor allem in den AGs und AKs.

Auch meine Sprechstunde wird derzeit per Telefon durchgeführt, um Bürger, Mitarbeiter und mich zu schützen. Hier einige Eindrücke aus den vergangenen Wochen....





#wirbleibenzuhause

Gastro und Direktvermarkter unterstützen

Sehr viele Branchen trifft das Corona-Virus hart, auch die Gastronomie. Um zu helfen, senken wir die Mehrwertsteuer für Speisen von 19 auf 7 Prozent, vorläufig ab dem 1. Juli 2020 für ein Jahr. Diese Steuersenkung ist aber nur ein erster Schritt und sollte auch zukünftig beibehalten werden. Jeder kann mithelfen und einen Beitrag für die Unterstützung der Gastronomie leisten, und bei seinem Lieblingslokal Essen zum Mitnehmen bestellen. Einige Restaurants und Gaststätten bieten auch einen Lieferservice an.

Unsere Wochenenden habe ich mit meiner Familie öfter genutzt, um uns von unseren heimischen Wirten lecker bekochen zu lassen. Traditionen sollte man wahren und aktuell ein bisschen anpassen. Unter anderem war ich bei der netten Familie Dülk im Gasthof Ankerstube Wipfeld. Macht mit, nutzt die Angebote Eurer Lieblingslokale und lasst Euch beliefern oder holt Euer Essen selbst ab. Ich habe mir vorgenommen die vielen Angebote in der Region zu nutzen. Die Angebote sind beispielsweise auf der Website www.gastro-schweinfurt.de oder auf der Online-Plattform unter: www.lokal-helden.bayern zu finden.

Gerne unterstütze ich auch unsere Direktvermarkter vor Ort. Ich freue mich immer noch über den Durchbruch, den wir beim Thema Saisonarbeitskräfte erreicht haben. In den vergangenen Wochen war ich zum Beispiel auf dem Spargelhof der Familie Götz in Röhlein. Dort gibt es seit kurzem wieder frischen Spargel. Schaut doch mal vorbei bei dem Direktvermarkter Eurer Wahl und unterstützt damit unsere „Lokal-Helden“. Wichtig dabei: Sicherheitsabstand einhalten und seit Montag ist es Pflicht eine Mund-Nase-Maske tragen.





„Tag des Baumes“ im Zeichen der Dürre

Wälder müssen vielfältiger werden

Der diesjährige „Tag des Baumes“, der in Deutschland seit 1952 am 25. April begangen wird, stand einmal mehr im Zeichen des Anstiegs der Waldschäden. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) weist darauf hin, dass bereits die Jahre 2018 und 2019 außergewöhnlich trocken und heiß waren. Die Niederschläge reichten bisher nicht, um die Wasservorräte des Bodens aufzufüllen. Das führt zu erhöhtem Trockenstress für die Wälder. Borkenkäfer haben somit ideale Voraussetzungen für eine Massenvermehrung. Dazu kommt noch die Gefahr von Waldbränden.



Bäume und Wälder brauchen unsere Aufmerksamkeit. Die Schäden sind für jedermann sichtbar. Vertrocknete Anpflanzungen, verbrannte Flächen und vom Borkenkäfer kahlgefressene Waldstücke sind keine Seltenheit mehr. Deshalb haben wir bereits 2018 ein starkes Hilfspaket in Höhe von insgesamt 800 Millionen Euro für die deutschen Wälder geschnürt. Damit flankieren wir die Entwicklung von anpassungsfähigen, strukturreichen und stabilen Waldbeständen. **Unsere Wälder müssen vielfältiger werden. Damit stärken wir den Wald gegen die Zunahme von Extremereignissen. Ziel muss es sein, durch fachkundigen Waldumbau klimastabile Mischwälder zu schaffen.** Zudem müssen wir die stoffliche und energetische Holznutzung voranbringen – unter anderem durch das Bauen mit Holz.

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.

